



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, KLIMASCHUTZ,
ENERGIE UND
LANDESPLANUNG

PERSPEKTIVEN FÜR RHEINLAND-PFALZ

Nachhaltigkeitsstrategie des Landes: Fortschreibung 2011

Eine Kurzübersicht zu Handlungsfeldern, Entwicklungen und Schlussfolgerungen



PERSPEKTIVEN FÜR RHEINLAND-PFALZ

Nachhaltigkeitsstrategie des Landes: Fortschreibung 2011

Eine Kurzübersicht zu Handlungsfeldern, Entwicklungen und Schlussfolgerungen



Perspektiven für Rheinland-Pfalz

Inhalt

7 Vorwort

Natürliche Lebensgrundlagen

8 Biodiversität

9 Umwelt

10 Klimaschutz und Erneuerbare Energien

Ressourcennutzung

11 Flächeninanspruchnahme, ökologisches Wirtschaften

12 Ressourcenproduktivität

13 Konsum und Produktion

Wirtschaftskraft

14 Wertschöpfung

15 Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge

16 Innovation

Leistungsfähigkeit der Gesellschaft

17 Bildung und Qualifizierung

18 Perspektiven für Familien

19 Erwerbstätigkeit und Einkommen

20 Handlungsfähigkeit des Staates

Gesellschaftliche Verantwortung

21 Bürgerengagement, sicheres Zusammenleben, Entwicklungspolitik

Lebensumfeld

22 Mobilität, Erholung

Bevölkerung

23 Gesundheit und Ernährung, demografische Entwicklung

Fazit

24 Nachhaltige Entwicklung als Ziel der Landespolitik

26 Impressum





Vorwort

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz steht für einen sozial-ökologischen Wandel, um den Menschen in Rheinland-Pfalz eine gute Zukunft zu geben.

Mit der Koalitionsvereinbarung hat sich die Landesregierung konkrete Ziele gesetzt, die ein ökologisch nachhaltiges, wirtschaftlich zukunftsfähiges und generationengerechtes Rheinland-Pfalz sichern.

Mit der Fortschreibung des Nachhaltigkeitsberichts liegt das fünfte Agenda-21-Programm vor. Der Bericht aus dem Zeitraum der Jahre 2009 bis 2011 bietet eine ablesbare Grundlage, um politische Ansätze und Lösungen zu überprüfen, zukünftige Strategien zu entwickeln und erforderlichenfalls gewählte Handlungsinstrumente neu zu justieren. Mit dieser Broschüre veröffentlichen wir eine Kurzfassung, die einen Einblick in Handlungsfelder, Entwicklungen und Schlussfolgerungen gibt.

Die Landesregierung steht auch 20 Jahre nach der ersten Weltkonferenz in Rio de Janeiro zu den vereinbarten Grundsätzen zur Vermeidung des Klimawandels und hat diese im Regierungshandeln fest verankert. Im Juni 2012 hat die Staatengemeinschaft bei der Neuauflage der Konferenz in Rio de Janeiro „Rio+20“ die globalen Anstrengungen kritisch beurteilt und das politische Engagement erneuert.

Dabei gilt es, wichtige Fragen zu beantworten:

- Wie kann eine „Green Economy“ Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz gewährleisten und gleichzeitig die weltweite Armut verringert sowie nachhaltige Entwicklung sichergestellt werden?
- Wie passen wir institutionellen Rahmenbedingungen für zukunftsfähige demokratischere Strukturen auf internationaler Ebene an?

- Wie vereinen wir den Anspruch an soziale Gerechtigkeit mit Gewinnstreben und Ressourcenschonung?

Das Land Rheinland-Pfalz stellt sich seiner lokalen und globalen Verantwortung bei diesen Anstrengungen, auch z. B. durch Anpassungen im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe und Beschaffung. Dem Umwelt-, Klima- und Naturschutz wird eine uneingeschränkt hohe Priorität eingeräumt. Die eingeleitete Energiewende ist Herausforderung und politische Zielsetzung zugleich, und leistet gleichzeitig aktive Unterstützung der regionalen Wirtschaft. Ziel ist die Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen für die Menschen in Rheinland-Pfalz und sozialverträgliches Handeln bei hoher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Die Politik der Landesregierung steht dabei für soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Sicherheit, Transparenz in Entscheidungen und aktive Beteiligung der Menschen am Regierungshandeln.



E. Lemke

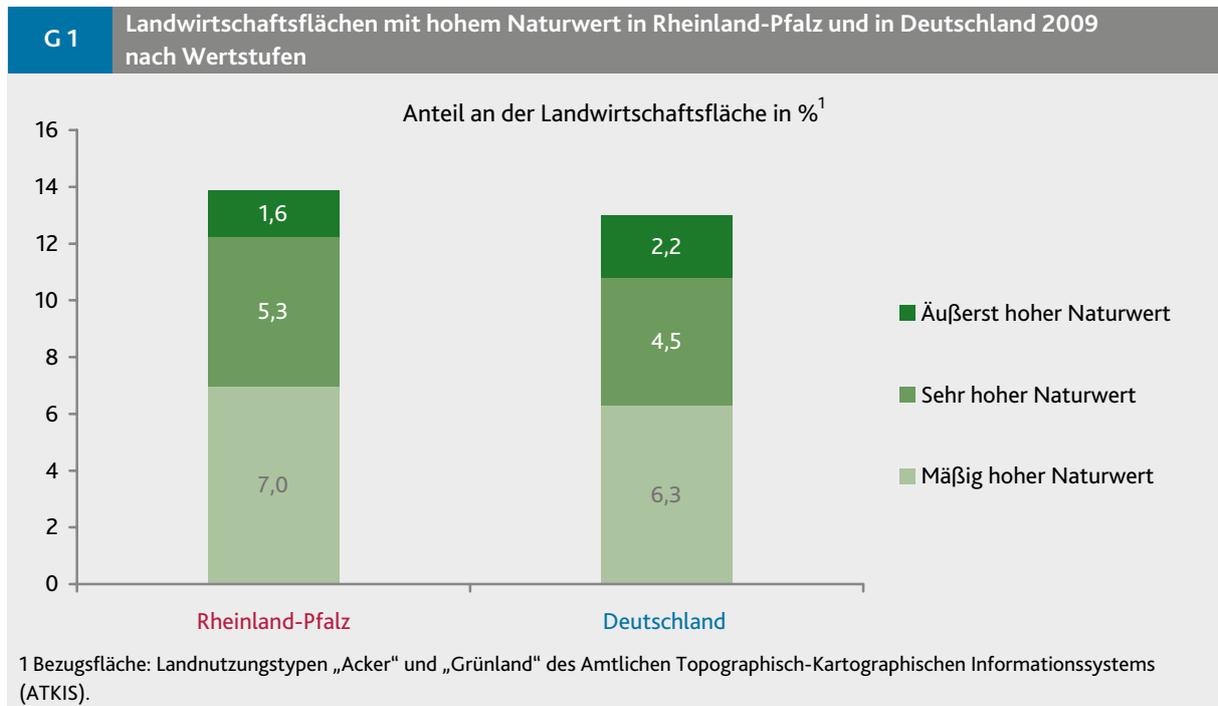
Eveline Lemke
Ministerin für Wirtschaft,
Klimaschutz, Energie und
Landesplanung

Biodiversität

Leben ohne Natur ist nicht vorstellbar. Um die biologische Vielfalt zu erhalten, bedarf es einer aktiven Naturschutzpolitik.

Wichtiges Instrument im Kampf gegen den Verlust von Arten und Biotopen ist NATURA 2000, ein zusammenhängendes Netz europäischer Vogelschutzgebiete und sogenannter Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Gebiete, die die typischen, besonderen und seltenen Lebensräume sowie Tier- und Pflanzenarten Europas beherbergen. Rheinland-Pfalz hat 120 FFH-Gebiete (12,9 % der Landesfläche) und 57 Vogelschutzgebiete (12,2 % der Landesfläche) an die Europäische Kommission gemeldet und im Landesnaturschutzgesetz ausgewiesen. Insgesamt gehören ca. 385 000 Hektar (knapp 20 % der Landesfläche) zu Natura 2000.

Landwirtschaft und Weinbau kommen für die Entwicklung der rheinland-pfälzischen Kulturlandschaft, aber auch für die Erhaltung der biologischen Vielfalt, eine Schlüsselrolle zu. Der Anteil der Landwirtschaftsfläche mit hohem Naturwert lag in Rheinland-Pfalz im Jahr 2009 bei 14 Prozent, in Deutschland waren es 13 %. Die nationale Biodiversitätsstrategie sieht für Deutschland vor, diesen Anteil bis 2015 auf 19 % zu erhöhen. Mit dem Programm „Partnerbetrieb Naturschutz“ unterstützt das Land interessierte Betriebe in Rheinland-Pfalz, Naturschutzpotenziale zu entdecken und begleitet sie bei der Erstellung und Umsetzung ihres betrieblichen Naturschutzplanes.





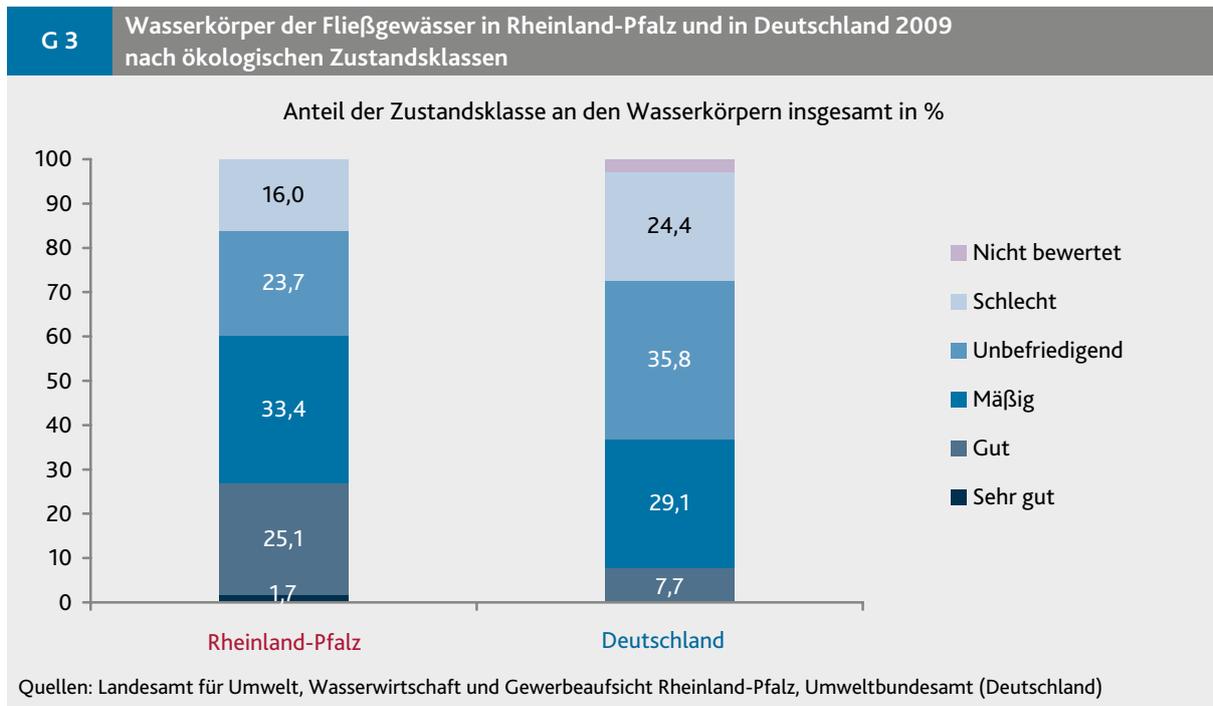
Umwelt

Trinkwasser, saubere Luft und intakte Wälder – ohne sie wäre Leben in dieser Welt überhaupt nicht möglich. Die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen ist heute jedoch keineswegs selbstverständlich. Um die Umweltqualität zu bewahren und zu verbessern, ist ein aktives Handeln der Politik gefordert.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung fördert seit 1995 mit der Aktion Blau plus erfolgreich die Wiederherstellung von naturnahen Gewässerzuständen. Die Aktion Blau plus steht aber auch für einen Umdenkprozess von der rein zweckgebundenen Gewässernutzung hin zu einer umfassenden Betrachtung der Bedeutung unserer Gewässer für unser gesamtes Leben, also der ökologischen, ökonomischen und kulturellen Funktion unserer Bäche und Flüsse. Wenngleich Rheinland-Pfalz mit Hilfe dieser Maßnahmen im Durchschnitt etwas besser dasteht als das gesamte Bundesgebiet, ist es von den Zielvorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie noch weit entfernt.

Die Luft ist in Rheinland-Pfalz sauberer geworden, die Entwicklung verläuft sogar noch etwas günstiger als in Deutschland insgesamt. Eine Schlüsselfunktion nimmt hierbei aus Sicht der Landesregierung der Verkehrsbereich ein. Das Weißbuch Verkehr der EU-Kommission zielt über die Begünstigung alternativer Antriebsarten und Kraftstoffe insbesondere auf die Verringerung des Schadstoffausstoßes in hoch belasteten städtischen Räumen. In diesem Rahmen will die Landesregierung insbesondere in urbanen Räumen die Verbesserung der Luftqualität weiter forcieren.

Der Anteil der Waldfläche mit deutlich geschädigten Bäumen ist in Rheinland-Pfalz höher als im Bundesdurchschnitt. Zur Stabilisierung der Waldbestände in Rheinland-Pfalz gehören die Maßnahmen der Landesregierung zur Emissionsminderung und zum Klimaschutz, aber auch die Förderung naturnahen Waldbaus, artenreicher Mischbestände und die Nutzung standortgerechter Baumarten.

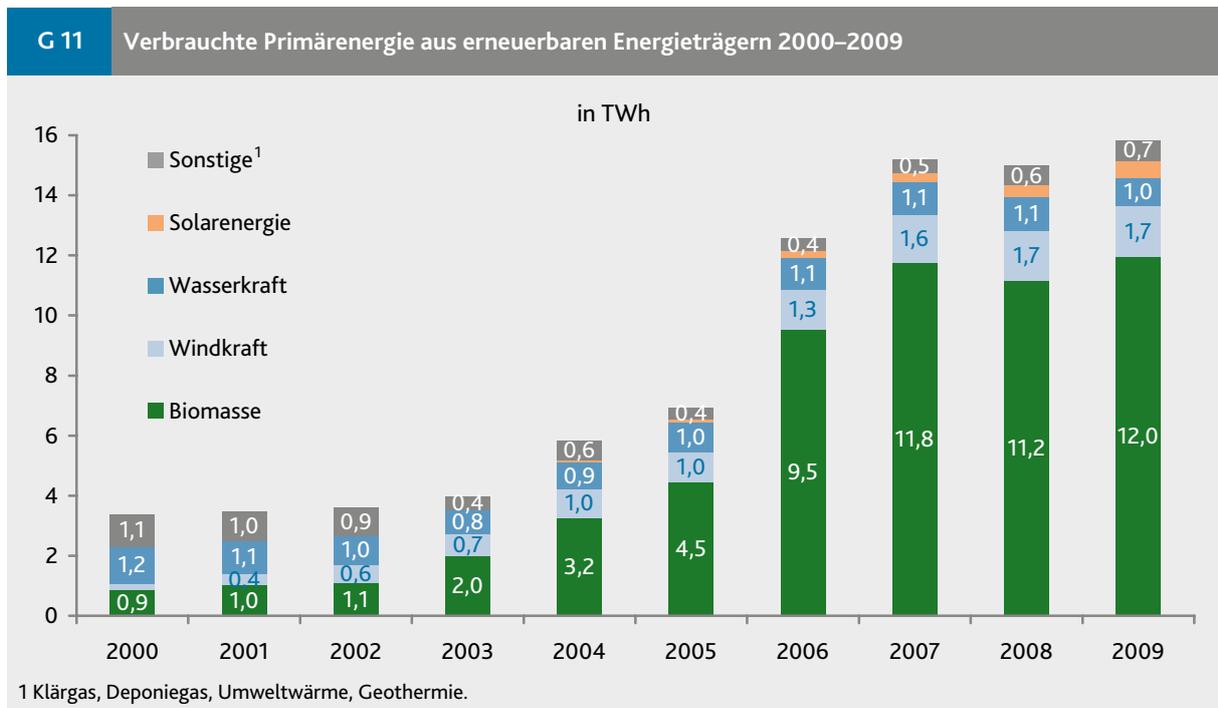


Klimaschutz und Erneuerbare Energien

Die Treibhausgasemissionen haben in Rheinland-Pfalz im Vergleich zur Mitte der 1990er Jahre in erheblichem Maße abgenommen. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass dieser Prozess seit 2003 stagniert. Von daher ist eine aktive Klimaschutzpolitik dringend erforderlich. Aus Sicht der Landesregierung heißt dies insbesondere, die Energiewende in Rheinland-Pfalz voranzubringen. Der Beitrag der Erneuerbaren Energien zur Deckung des Bruttostromverbrauchs hat in den vergangenen Jahren kräftig zugenommen. Im Jahr 2009 lag er in Rheinland-Pfalz bei 14 Prozent und in Deutschland bei 16 Prozent. In Rheinland-Pfalz hat sich der Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch seit 1990 knapp und in Deutschland mehr als verfünffacht. Bezogen auf die heimische Stromerzeugung erreichte der Anteil Erneuerbarer Energien an der gesamten Erzeu-

gung in Rheinland-Pfalz sogar einen Anteil von einem Viertel und lag damit deutlich über dem Bundeswert von 16 Prozent.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung plant, den bis 2030 im Land verbrauchten Strom bilanziell zu 100 % aus Erneuerbaren Energien zu gewinnen und zum Stromexportland zu werden. Bis zum Jahr 2020 strebt die Landesregierung an, die Stromerzeugung aus Windkraft zu verfünffachen und die Stromerzeugung aus Photovoltaik auf über zwei Terawattstunden zu steigern. Die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Rheinland-Pfalz – auch verbunden mit mehr Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern – und die sozialen Aspekte bezahlbarer Strompreise sind in diesem Zusammenhang wichtige Anliegen einer nachhaltigen Energiepolitik.





Flächeninanspruchnahme, ökologisches Wirtschaften

Zusätzliche Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrsflächen geht immer mit einem Verlust an Biotopen und naturnahen Flächen einher.

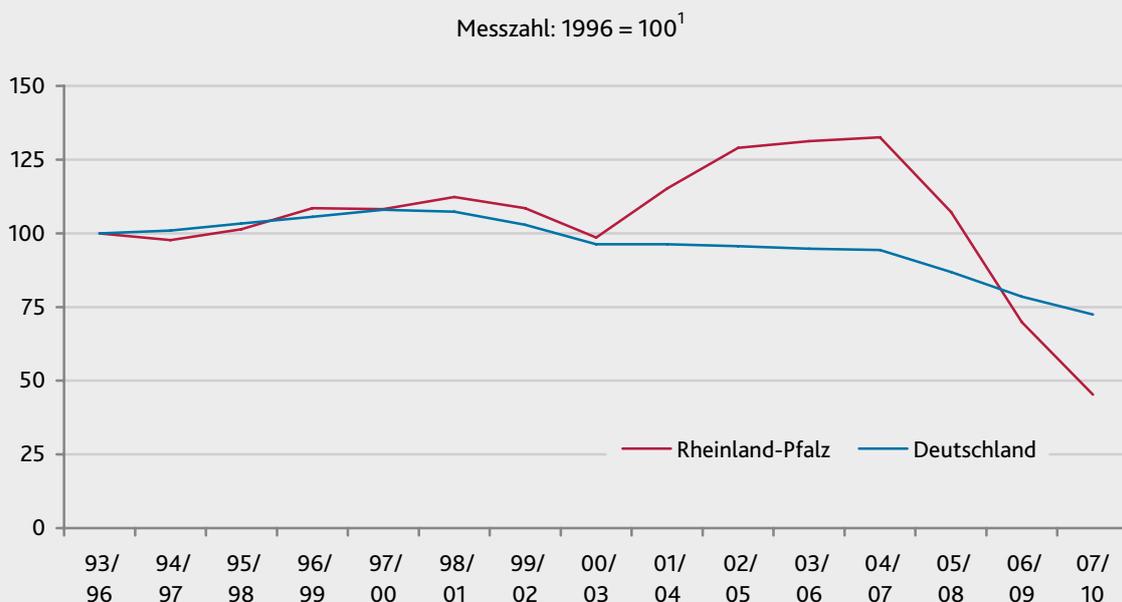
Dabei hat die rheinland-pfälzische Landesregierung seit der Mitte des vergangenen Jahrzehnts Erfolge bei der Verringerung der Flächenversiegelung erringen können. Gegenüber dem Wert von 1994 wurden 2009 in Rheinland-Pfalz 30 Prozent weniger Flächen neu in Anspruch genommen, im Bundesgebiet waren es dagegen lediglich 21 Prozent.

Im Durchschnitt der letzten Jahre lag der Verbrauch in Rheinland-Pfalz bei 2,3 Hektar täglich. Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Flächenverbrauch auf unter einem Hektar pro Tag zu stabilisieren. Mit dem Projekt Raum+ Rheinland-Pfalz 2011¹ unterstützt die Landesregierung die Städte und Gemeinden darin, vor

der Erschließung neuer Baugebiete zunächst die innerorts vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen. Nachhaltige Siedlungsentwicklung bedeutet, die wertvollen natürlichen Böden im Außenbereich zu schonen und gleichzeitig die Ortsmitten zu stärken.

Daneben ist die Landesregierung bestrebt, im Rahmen des ökologischen Wirtschaftens die Anbaufläche des ökologischen Landbaus zu erhöhen. Während im Jahr 1999 erst 1,6 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen ökologisch bewirtschaftet wurden, waren es 2010 bereits 5,4 Prozent. Damit liegt der Wert für Rheinland-Pfalz nur noch einen halben Prozentpunkt hinter dem Wert für die Bundesrepublik. Durch gezielte Beratung und Förderung, insbesondere auch im Bereich der Vermarktung, will die Landesregierung die Bedingungen für den ökologischen Landbau weiter verbessern.

G 13 Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1993–2010



¹ Gleitender Vierjahresdurchschnitt.

Ressourcenproduktivität

Rohstoffe werden knapp. Eine Herausforderung ist daher, die Rohstoffproduktivität zu erhöhen, also mit dem Einsatz von weniger Ressourcen die gleiche oder eine höhere Produktivität zu erzielen.

Die Energieproduktivität ist in Rheinland-Pfalz von 1991 bis 2009 mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 0,3 Prozent nur moderat gestiegen. Damit liegt Rheinland-Pfalz auch unter dem Bundesdurchschnitt von 1,7 Prozent. Bei diesem Vergleich ist allerdings zu beachten, dass nach der Wiedervereinigung die Energieproduktivität in den neuen Ländern überdurchschnittlich zugenommen hat.

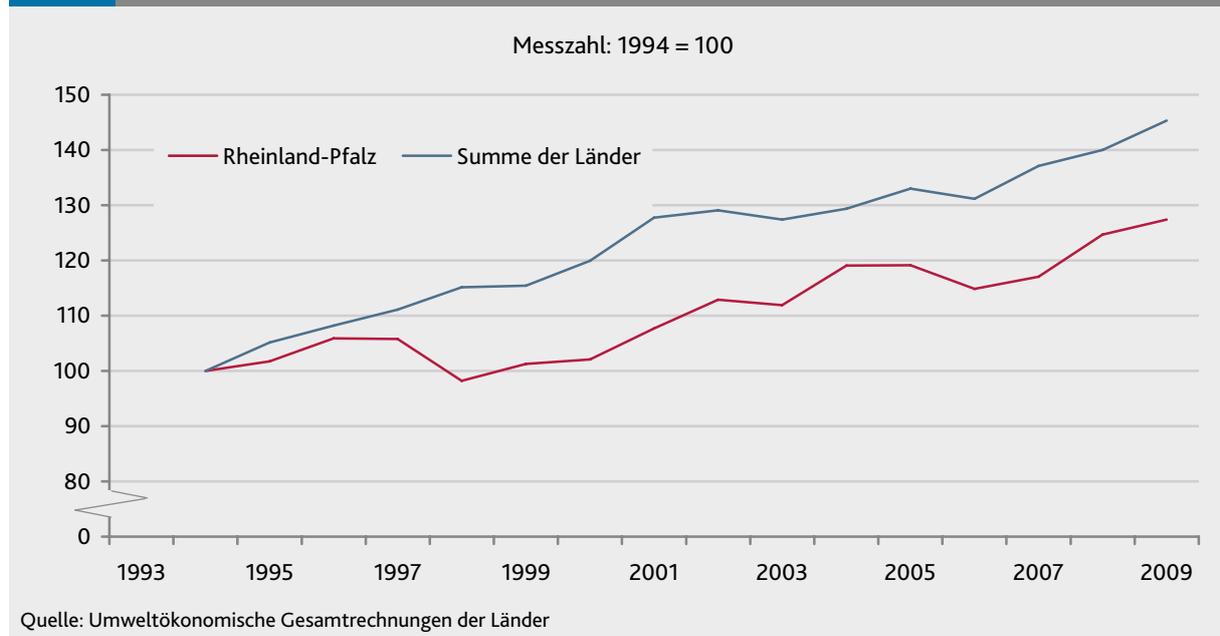
Die Sonderentwicklung in den neuen Ländern ist in gleicher Weise wesentlich dafür verantwortlich, dass die Rohstoffproduktivität, also das Verhältnis von preisbereinigtem Bruttoinlandsprodukt und den in der Produktion verbrauchten nicht erneuerbaren Rohstoffen, in Rheinland-Pfalz hinter dem

Durchschnitt der Länder insgesamt zurückbleibt. Nichtsdestoweniger ist die Rohstoffproduktivität auch in Rheinland-Pfalz seit 1994 um 27 Prozent gestiegen.

Die Landesregierung will die Ressourcenproduktivität in Rheinland-Pfalz nachhaltig steigern. Dazu hat sie beispielsweise die Verbraucherzentrale beauftragt, privaten Haushalten eine kostenlose Erstberatung zum Energiesparen anzubieten. Seit 2006 hat sich die Zahl der durchgeführten Beratungen mehr als verdoppelt.

Weiterhin geht die Landesregierung in Sachen Energieberatung gezielt auf kleinere und mittlere Unternehmen zu. Mit der Energieagentur Rheinland-Pfalz und dem Effizienznetz Rheinland-Pfalz bietet die Landesregierung rheinland-pfälzischen Betrieben Unterstützung in der Suche nach Einsparpotentialen beim Einsatz von Energie und anderen Ressourcen an.

G 18 Rohstoffproduktivität in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1994–2009





Konsum und Produktion

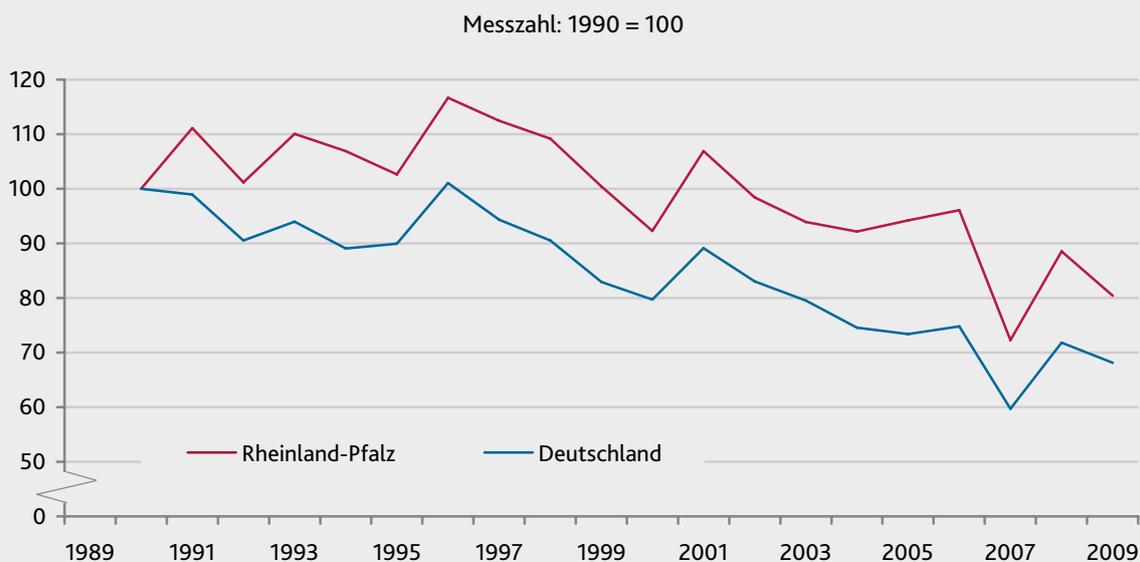
Die Kohlendioxid-Emissionen privater Haushalte und Kleinverbraucher sind seit Mitte der 1990er Jahre rückläufig. Zu verdanken ist dies zu einem Großteil der Umstellung von Heizungsanlagen von Öl auf das emissionsärmere Gas. Einspar-effekte durch eine Verringerung des Stromverbrauchs hingegen sind bislang kaum festzustellen.

Um dies zu ändern, hat die Landesregierung eine umfassende Beratungsinfrastruktur aufgebaut, die auch die privaten Haushalte erreicht, etwa über das Angebot einer kostenlosen Energieerstberatung der Verbraucherzentrale für private Haushalte. Zudem unterstützt die Landesregierung die energetische Optimierung von Alt- und Neubauten. Diese Maßnahmen sind Teil eines Paketes, mit Hilfe dessen die Landesregierung ihr Ziel erreichen will, die CO₂-Emissionen in Rheinland-Pfalz bis 2050 um 90 Prozent zu senken.

Aber nicht nur die Verbraucher, auch die Unternehmen sind gefragt. Unternehmen und andere Organisationen können ihr betriebliches Umweltmanagement nach EMAS, dem „Eco-Management and Audit Scheme“ der Europäischen Union, zertifizieren lassen. Sie verpflichten sich damit unter anderem zu einer Umwelterklärung, die die umweltrelevanten Tätigkeiten und Daten darstellt. Bislang können in Rheinland-Pfalz nur relativ wenige Betriebe ein EMAS-Zertifikat vorweisen. Die Landesregierung will diese Zahl erhöhen, indem sie eine größere öffentliche Wahrnehmung des Zertifikats unterstützt und angehende EMAS-Betriebe in Rheinland-Pfalz durch Zuschüsse etwa im Rahmen des Mittelstandsberatungsprogramms fördert.

G 20

Kohlendioxid-Emissionen privater Haushalte und Kleinverbraucher in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2009



Quellen: Rheinland-Pfalz: Quellenbilanz; Deutschland: Nationale Trendtabellen des Umweltbundesamts

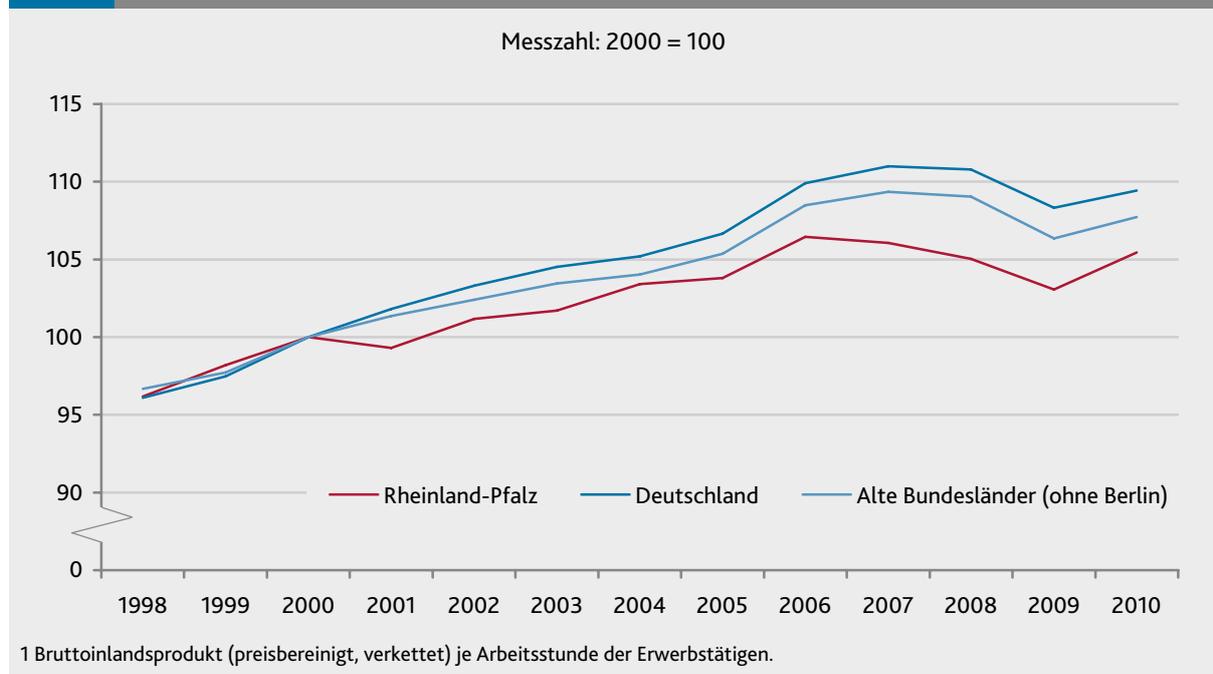
Wertschöpfung

Aus Sicht der Landesregierung gehört eine konsequent mittelstandsorientierte Politik, die unter anderem auch den Fachkräftebedarf von morgen sichert, zum Kern einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Über innovative Maßnahmen, die an einem auf Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz ausgerichteten Wirtschaften ansetzen, will sie ihren Beitrag dazu leisten, mehr Beschäftigung und eine gute Arbeit gerade auch in den ländlichen Gebieten zu schaffen.

Die Arbeitsproduktivität als Indikator für die Wertschöpfung gibt Auskunft über die Wirtschaftskraft einer Region. Dabei ist für Rheinland-Pfalz fest-

zustellen, dass die Arbeitsproduktivität im Lande seit dem Ende der 1990er Jahre zugenommen hat, wenn dieser Zuwachs auch geringer ausfiel als im bundesdeutschen Durchschnitt. Regionen mit überdurchschnittlich hoher Produktivität finden sich insbesondere entlang der Rheinschiene in den Einzugsbereichen der dynamischen Metropol-Regionen Rhein-Main und Rhein-Neckar. Dort haben sich vergleichsweise kapitalintensive Wirtschaftsbereiche angesiedelt, die eine wesentlich höhere Wertschöpfung je Arbeitsstunde erzielen als die weniger kapitalintensiven Wirtschaftsbereiche in den eher ländlichen Regionen.

G 23 Arbeitsproduktivität¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1998–2010





Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge

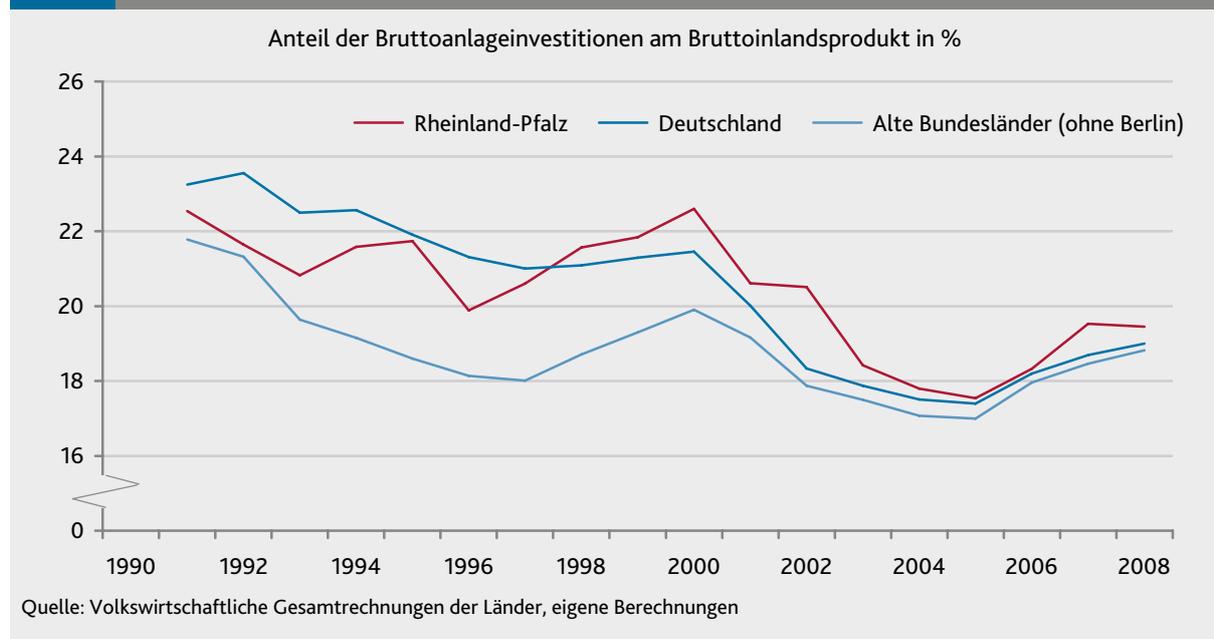
Knapp ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts wird in Rheinland-Pfalz in neue Anlagen investiert. Damit belegt das Land unter den westdeutschen Flächenländern hinter Bayern den zweiten Rang. Betrachtet man die Entwicklung seit den 1990er Jahren, so zeigt sich: Obwohl sich der Vorsprung der rheinland-pfälzischen Investitionsquote vor dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer verringert hat, ist sie weiterhin überdurchschnittlich hoch – und zwar sowohl mit Blick auf Deutschland insgesamt wie auch auf die alten Länder (ohne Berlin).

Um diese Position zu halten, will die Landesregierung in den kommenden Jahren den Weg der nachhaltigen Investitionsförderung weiter verfolgen. Denn unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten sorgen Investitionen für Effizienzsteigerungen.

Allerdings gehen Investitionen immer auch mit einem Material- und Energieverbrauch und insbesondere Bauinvestitionen mit einer zusätzlichen Flächeninanspruchnahme einher. Es kommt also darauf an, dass unter dem Strich die Bilanz einer Nachhaltigkeitsprüfung standhält.

Davon ausgehend will die Landesregierung unter anderem das Marktanzreizprogramm für Investitionen in Erneuerbare Energien aufstocken, Investitionen im Wohnheimbau für Studierende und im Tourismusbereich verstärkt unterstützen, das Engagement von Handwerk und Mittelstand bei Investitionsprojekten weiter stärken sowie bei der Investitionsförderung insgesamt besonderes Gewicht auf den ökologischen Landbau und die artgerechte Tierhaltung legen.

G 24 Investitionsquote in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2008



Innovation

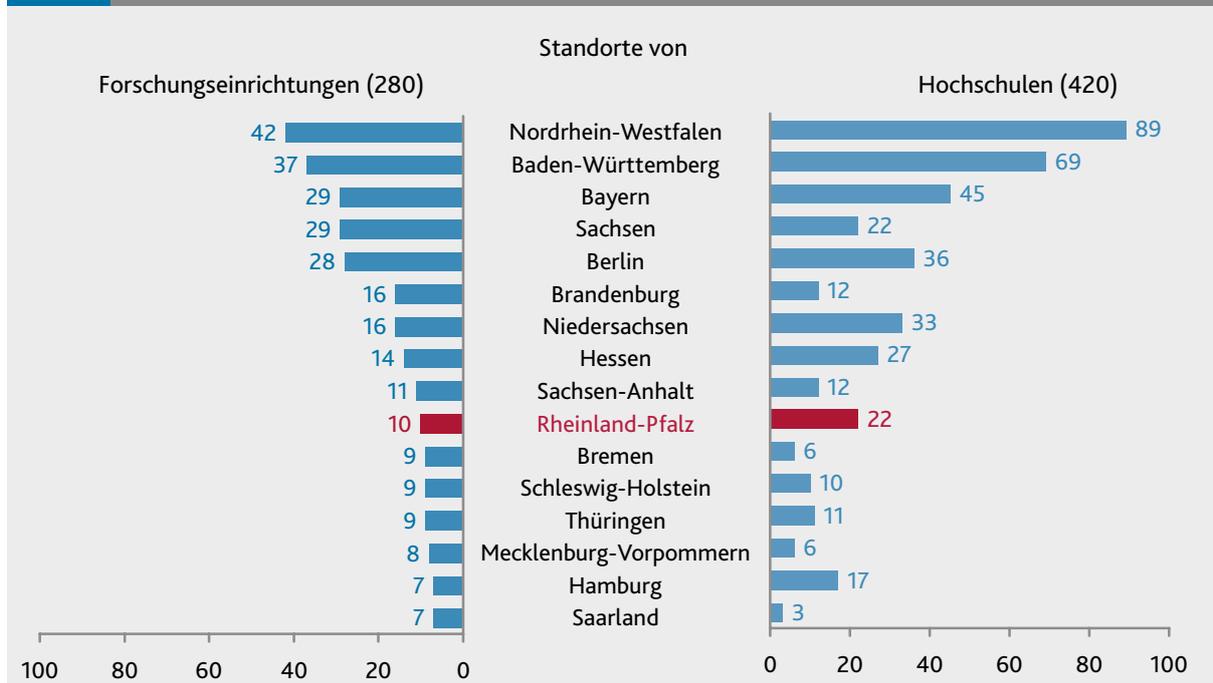
Im Vergleich zu anderen Ländern sind die Forschungs- und Entwicklungsausgaben, die in Rheinland-Pfalz für neue Erkenntnisse und innovative Produkte sorgen sollen, eher gering. Unser Land verfügt nicht über die Breite und Dichte wissenschaftlicher Einrichtungen wie einige andere Länder. Durch gezielte Maßnahmen hat sich Rheinland-Pfalz dennoch erfolgreich im Wettbewerb behauptet.

In der Wissenschafts- und Technologiepolitik konzentriert sich die Landesregierung auf Schwerpunkte und Wachstumskerne, im Mittelpunkt stehen der Wissens- und Technologietransfer, der Ausbau von Netzen und Clustern sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Mit dem Forschungs- und Technologieprogramm des Landes wird eine Brücke von der Förderung

der Grundlagenforschung über die angewandte Forschung bis zu deren Umsetzung im Innovationsprozess geschlagen. Dabei stehen die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die Optimierung der Austauschprozesse zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie die Stärkung der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft, insbesondere kleinerer und mittlerer Unternehmen, im Vordergrund.

Nachholbedarf besteht bei der Ansiedlung von gemeinsam von Bund und Ländern geförderten Forschungseinrichtungen. Ziel ist es, dass die Zahl der im Lande ansässigen Institute erhöht wird und damit auch die Rolle von Rheinland-Pfalz in der gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern widerspiegelt.

G 26 Standorte von Forschungseinrichtungen¹ und Hochschulstandorte² nach Bundesländern 2010



¹ Forschungseinrichtungen der Forschungsorganisationen Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (Leibniz-Gemeinschaft), Helmholtz-Gemeinschaft. – ² Ohne Pädagogische Hochschulen, Theologische Hochschulen, Kunsthochschulen und Verwaltungsfachhochschulen.

Quellen: Helmholtz-Gemeinschaft (Hrsg.): Geschäftsbericht 2010 der Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren, o. O., o. J., Internetauftritte der Forschungsorganisationen, Statistisches Bundesamt (Hochschulstatistik)



Bildung und Qualifizierung

Bildung ist eine Schlüsselfrage für eine nachhaltige Entwicklung. Bildung ermöglicht dem Einzelnen, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Dadurch wird auch der gesellschaftliche Zusammenhalt und Fortschritt befördert.

Die Bildungsausgaben der rheinland-pfälzischen Landesregierung liegen deutlich über dem Durchschnitt der übrigen Länder. Die Landesregierung wird ihre Bildungsangebote auch künftig an unterschiedlichen Bedürfnissen ausrichten.

So übernehmen schulische Ganztagsangebote eine wichtige Rolle bei der individuellen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund. Zwar wird die Zahl der Schulabgänger mit Migrationshintergrund, die die Schule ohne qualifizierten Abschluss verlassen, stetig kleiner, dennoch betrug ihr Anteil im Jahre 2010 noch fast 10 Prozent.

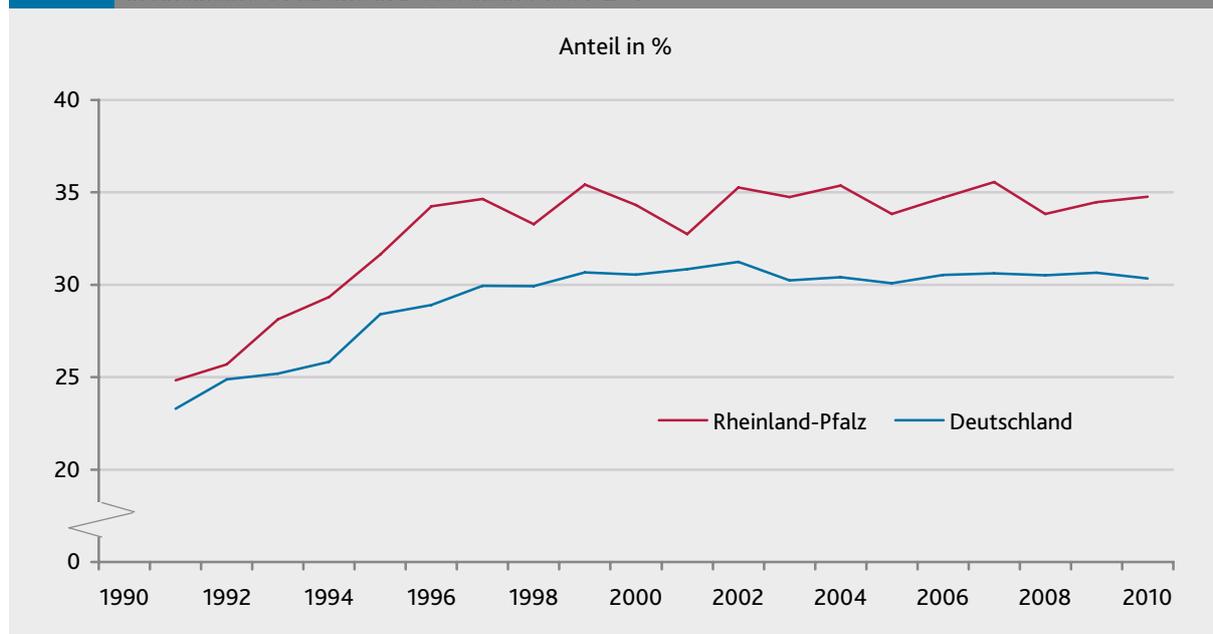
Gleichfalls ist die Zahl der 25- bis 34-Jährigen, die weder über einen berufsbildenden noch einen Hochschulabschluss verfügen, ist zwischen 1996

und 2010 in Rheinland-Pfalz wie auch bundesweit gefallen. Dennoch ist ihr Anteil an der gesamten Altersgruppe gestiegen, da die Zahl der 25- bis 34-Jährigen insgesamt aufgrund der demografischen Entwicklung noch stärker abnahm.

Der Anteil der Studienanfänger und -anfängerinnen am Studienort Rheinland-Pfalz wuchs zwischen 1993 und 2010 von 25 auf 46 Prozent und überstieg damit die hochschulpolitisch in Deutschland angestrebte Marke von 40 Prozent. Während sich der Anteil von Frauen in technisch-naturwissenschaftlichen Studienfächern seit 1991 zwar erhöht hat, bleiben Frauen mit knapp 35 Prozent im Jahre 2010 in diesen Bereichen jedoch nach wie vor unterrepräsentiert. Um dem entgegenzuwirken, wird unter anderem an allen Schulen der Sekundarstufen I und II eine Berufs- und Studienwahlorientierung angeboten, die insbesondere auch die MINT-Bereiche (Mathematik – Informatik – Naturwissenschaft – Technik) berücksichtigt.

G 30

Frauen in technischen/naturwissenschaftlichen Studienfächern am Hochschulstandort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2010



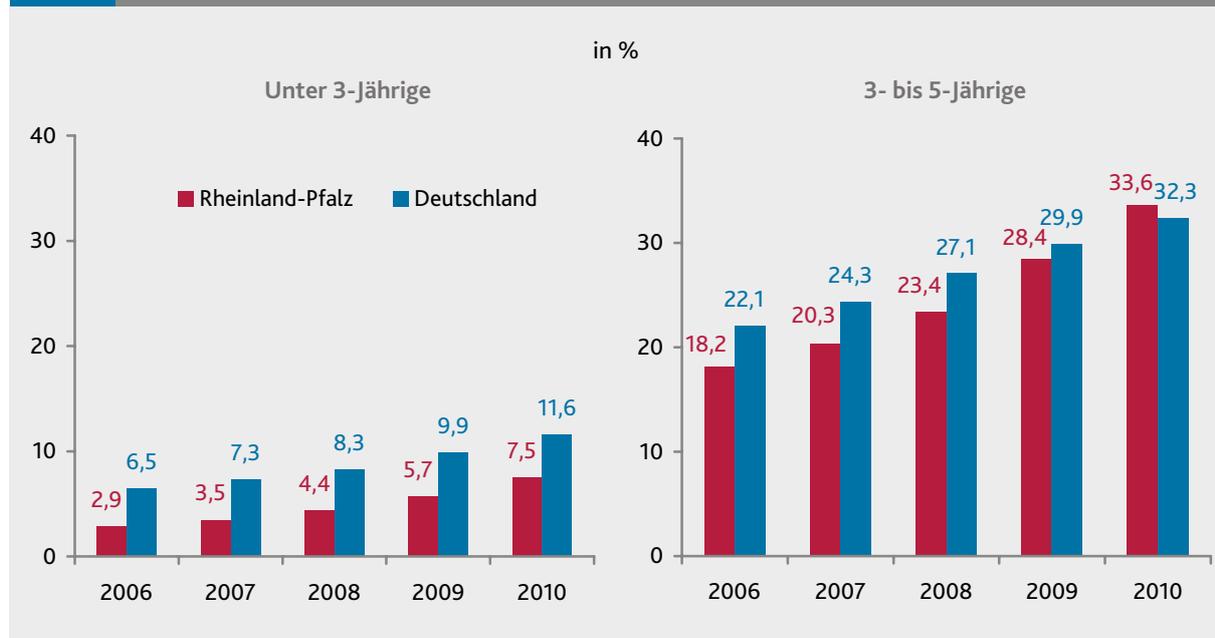
Perspektiven für Familien

Für viele Menschen bildet die Familie den wichtigsten sozialen Bezugsrahmen. Daraus erwächst für die Politik die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen.

In Rheinland-Pfalz besteht ein individueller Rechtsanspruch auf einen beitragsfreien Kindergartenplatz ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr bis zum Schuleintritt. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur weiteren Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere für viele Mütter stellt dieser Rechtsanspruch eine tragende Säule für ihre berufliche Entwicklung dar.

Dies wird ergänzt durch Bedingungen am Arbeitsplatz, die ebenfalls geeignet sind, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Die Zahl der Unternehmen, Hochschulen und Organisationen mit dem Zertifikat „berufundfamilie“ ist noch niedrig, im Vergleich zu 2002 aber deutlich gestiegen. Um diese Entwicklung weiter zu fördern, plant die Landesregierung unter anderem einen Landeswettbewerb „firma & familie – Vorbildunternehmen in Rheinland-Pfalz“ und regionale Netzwerktreffen zur Förderung familienbewusster Personalpolitik.

G 34 Ganztagsbetreuungsquote in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2006–2010 nach Altersgruppen





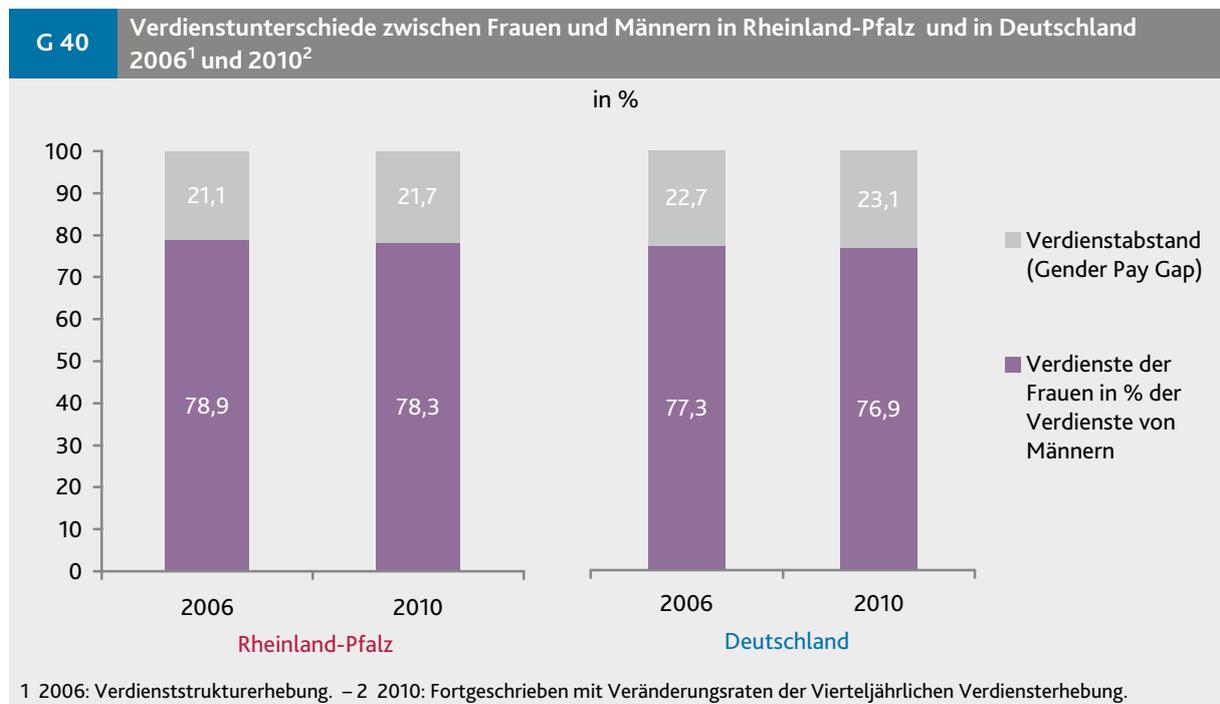
Erwerbstätigkeit und Einkommen

Viele Menschen können von ihrer Arbeit nicht mehr leben. Angesichts dieser ungebremsten Entwicklung fordert die rheinland-pfälzische Landesregierung die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland. Dieser würde auch dem in der Gesellschaft zunehmend diskutierten Problem der Altersarmut entgegenwirken.

Insbesondere Frauen sind von diesen Problemen betroffen, ihre im Vergleich zu den Männern geringere Entlohnung für gleichwertige Arbeit umfasst nach wie vor einen – schwer zu quantifizierenden – Anteil an Diskriminierung. Eine Sachverständigenkommission der Bundesregierung kommt zu dem Ergebnis, dass sich die geschlechtsspezifischen Einkommensdifferenzen über den Lebenslauf kumulieren, so dass unter

dem Strich eine Lücke von 58 Prozent klafft. In Rheinland-Pfalz erzielten Frauen im Jahr 2006 durchschnittlich 78,9 Prozent des Gehaltes der Männer. Dieser Wert sank für das Jahr 2010 sogar noch auf 78,3 Prozent.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung leistet durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen wichtigen Beitrag zum Abbau der Entgeltungleichheit. Dazu gehören neben dem Ausbau der Möglichkeiten zur Kinderbetreuung vor allem das „Arbeitsmarktpolitische Programm zur Ein- bzw. Wiedereingliederung von Frauen in das Berufsleben“, die Beratungsstellen „Frau und Beruf“ sowie ZeitZeichen, die landesweite Informationsstelle für eine chancengerechte Arbeitswelt.



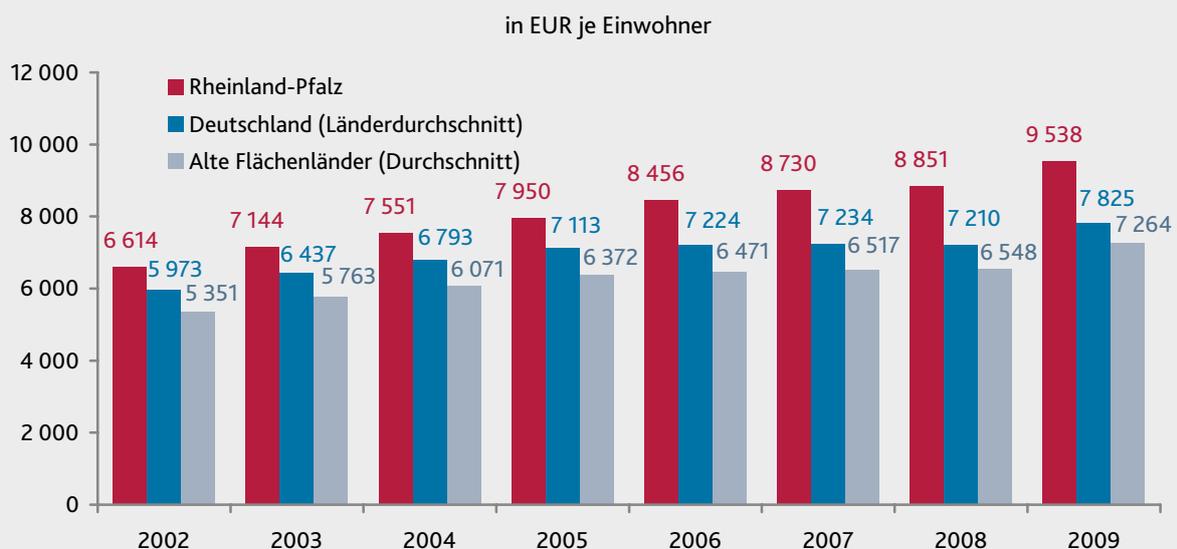
Handlungsfähigkeit des Staates

In Rheinland-Pfalz ist die Pro-Kopf-Verschuldung der öffentlichen Haushalte zwischen 2002 und 2009 um gut 44 % gestiegen. Lag sie 2002 noch bei 6614 Euro, so hat sie sich bis 2009 auf 9538 Euro erhöht. Im Durchschnitt der deutschen Länder liegt dieser Wert bei 7825 Euro, im Durchschnitt der alten Flächenländer bei 7264 Euro.

Die Landesregierung hat ein Konsolidierungsszenario erarbeitet, wie das strukturelle Defizit bis 2020 schrittweise ausgeglichen werden kann. Von dem errechneten Konsolidierungsbetrag von insgesamt 1,9 Milliarden Euro konnten im aktuellen Landeshaushalt 2012/13 bereits rund 500 Millionen Euro mit konkreten Maßnahmen unterlegt werden.

Gleichzeitig investiert die Landesregierung in wichtige Zukunftsfelder. Beispielhaft seien der Ausbau der Ganztagschulen, die Befreiung der Eltern von Kindergartenbeiträgen, sowie die Ausweitung der kostenlosen Schülerbeförderung genannt. Darüber hinaus hat das Land in vielfacher Weise Unternehmen dabei unterstützt, ressourceneffizienter und umweltfreundlicher zu wirtschaften. Nicht zuletzt wurde das Hochschulsondervermögen „Wissen schafft Zukunft“ gebildet und mit 774 Millionen Euro ausgestattet, um die Finanzierung der Hochschulen auch bei wachsenden Studierendenzahlen auf hohem Niveau zu sichern.

G 41 Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2002–2009



¹ Haushalte der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände. Ab Berichtsjahr 2006 einschließlich ausgewählter Extrahaushalte.
Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen



Bürgerengagement, sicheres Zusammenleben, Entwicklungspolitik

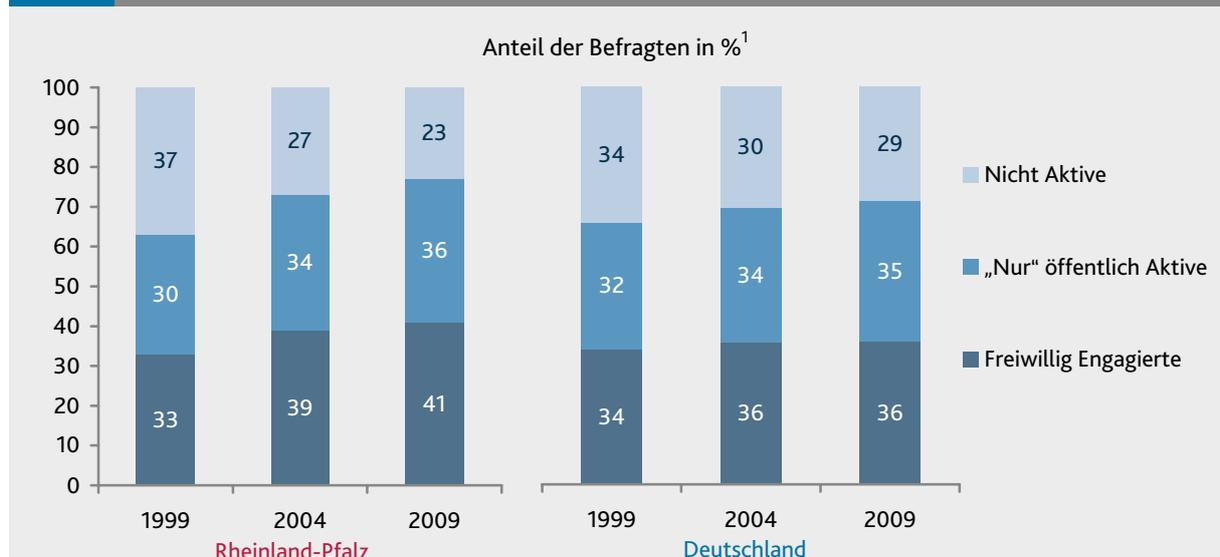
Unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist, dass Bürgerinnen und Bürger sich freiwillig für die Gemeinschaft engagieren. Mit 41 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich engagieren, steht Rheinland-Pfalz bezogen auf das Jahr 2009 zusammen mit Baden-Württemberg und Niedersachsen an der Spitze der deutschen Länder.

Die Verbesserung des Versicherungsschutzes für ehrenamtlich Engagierte, der Ausbau der Informations- und Beratungsdienstleistungen, die Unterstützung vieler Aktionen und Veranstaltungen von Vereinen und Verbänden, das Fördern einer Anerkennungskultur und die Einrichtung einer „Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung“ in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz haben dazu beigetragen, bürgerschaftliches Engagement weiter zu stärken.

Neben der Bürgerbeteiligung kann auch die persönliche Sicherheit als wichtiger Indikator für den gesellschaftlichen Zusammenhalt gelten. Hier erweist sich Rheinland-Pfalz als sicheres Land. Im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt werden in Rheinland-Pfalz weniger Straftaten verübt, die Täter sehen sich einem höheren Risiko ausgesetzt, gefasst zu werden.

In globalgesellschaftlicher Perspektive legt Rheinland-Pfalz einen Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit mit dem Partnerland Ruanda. Heute unterhalten neben 50 Kommunen 49 Vereine, Stiftungen und Organisationen, 15 Kirchengemeinden, 218 Schulen und vier Hochschulen mit vielen Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen Beziehungen zu ihren ruandischen Partnern.

G 46 Freiwilliges Engagement in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1999–2009



¹ Personen im Alter ab 14 Jahren.

Quellen: TNS Infratest Sozialforschung, Freiwilligensurveys 1999, 2004 und 2009, GESIS Datenarchiv, Köln; eigene Berechnungen

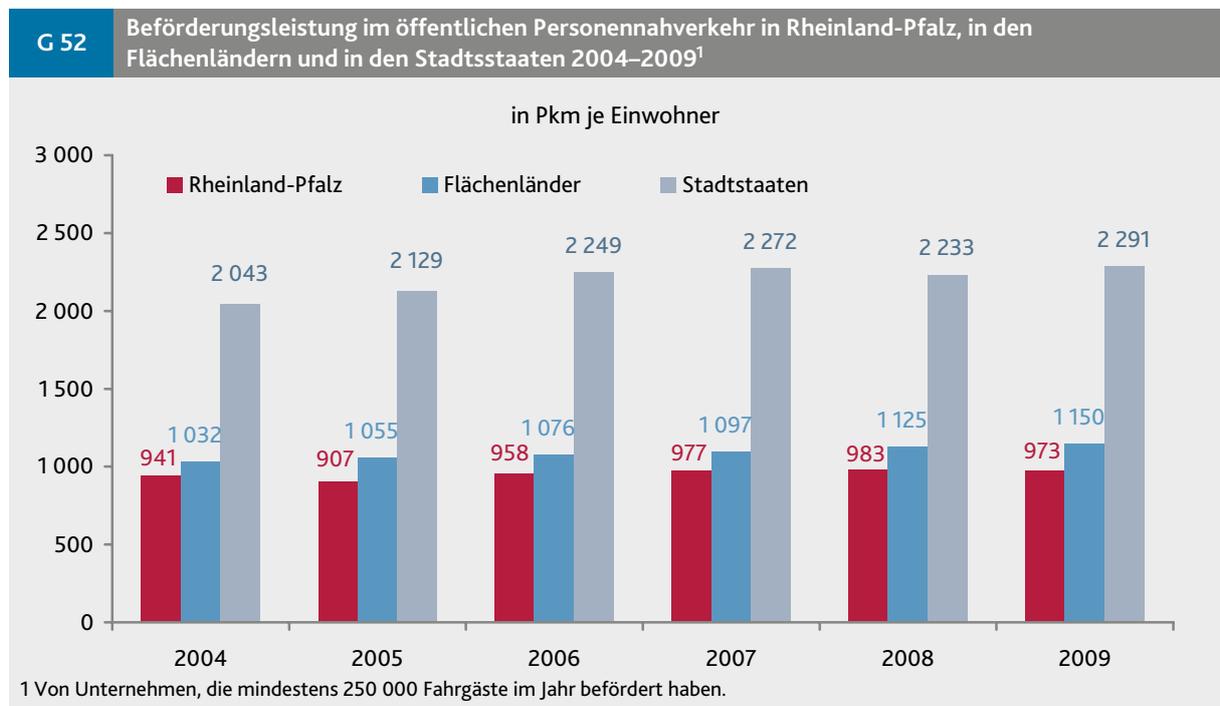
Mobilität, Erholung

Das Fahrrad sowie der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) stellen in vielen Situationen eine sinnvolle und umweltfreundliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr dar. Allerdings war die Beförderungsleistung des ÖPNV im Jahr 2009 mit einem Plus von 3,4 Prozent nur wenig höher als 2004.

Aus Sicht der Landesregierung gehört der ÖPNV zur Daseinsvorsorge. Er soll eine unabhängige Mobilität sichern und dient der Teilhabe am sozialen Leben. Insbesondere in den ländlichen Räumen will die Landesregierung dazu beitragen, beim ÖPNV-Angebot neue Organisationsformen zu stärken. Im Schienenpersonenverkehr sollen im Rahmen des Projektes Rheinland-Pfalz-Takt 2015

(RPT 2015) die Angebote um nochmals 20 Prozent gegenüber dem derzeitigen Stand gesteigert werden.

Mobilität spielt auch bei der Freizeitgestaltung eine wichtige Rolle. Nicht zuletzt tragen innerstädtische Erholungsflächen bei vielen Menschen dazu bei, Wohlbefinden und Zufriedenheit zu verstärken. In den vier rheinland-pfälzischen Kernstädten mit über 100 000 Einwohnern (Koblenz, Trier, Mainz, Ludwigshafen) ist das Angebot an Erholungsflächen seit dem Jahre 2004 angewachsen. Das Land Rheinland-Pfalz unterstützt Maßnahmen, die die Möglichkeiten der Nutzung von Naherholungsgebieten und Freizeiteinrichtungen attraktiver machen.



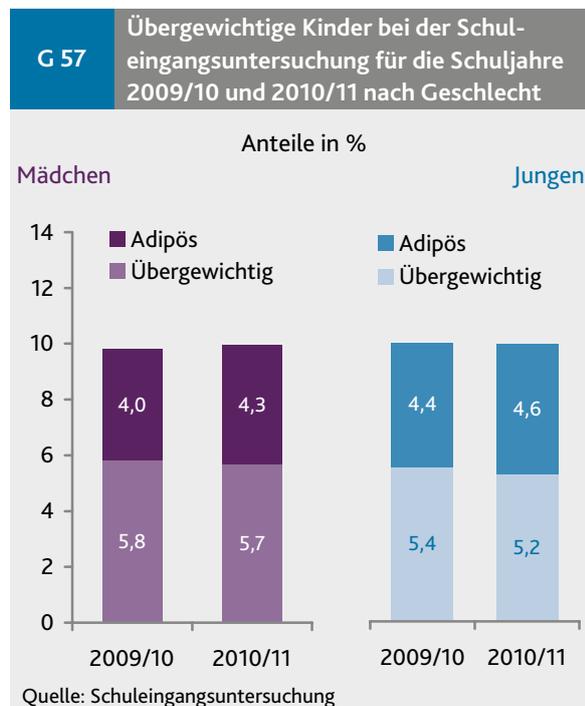


Gesundheit und Ernährung, demografische Entwicklung

Wie im übrigen Deutschland auch, werden in Rheinland-Pfalz die Menschen immer älter. Die Zahl derjenigen, die vorzeitig sterben, sinkt. Gründe hierfür liegen vermutlich im medizinisch-technischen Fortschritt sowie einem verbesserten Gesundheitsbewusstsein, insbesondere im Bereich Ernährung.

Gleichzeitig ist der Anteil übergewichtiger Erwachsener in Rheinland-Pfalz weiter gestiegen. Auch Kinder sind betroffen. In den Schuleingangsuntersuchungen für die Schuljahre 2009/10 und 2010/11 waren rund zehn Prozent der Jungen und Mädchen übergewichtig beziehungsweise stark übergewichtig. Diesen Problemen will die Landesregierung in Zusammenarbeit mit Partnern aus Sport, Bildung und Gesundheit durch verstärkte Angebote begegnen.

Die fortschreitende Alterung der Gesellschaft erfordert Anpassungen an eine veränderte Bedürfnis- und Nachfragestruktur. Bereits 2004 hat die Landesregierung das Handlungsprogramm „Zukunft gestalten – Zukunft sichern. Die Chancen des demografischen Wandels für Rheinland-Pfalz“ auf den Weg gebracht. Mit dem Papier „Landleben – Gutes Leben. 10 Punkte zur Sicherung der Mobilität im ländlichen Raum“ hat die Landesregierung Ende 2010 wichtige Impulse zur Gestaltung des demografischen Wandels in den ländlichen Regionen gesetzt. Gemeinsam mit allen wichtigen Akteurinnen und Akteuren arbeitet die Landesregierung weiter daran, dass Rheinland-Pfalz auch in Zukunft gute Lebensbedingungen für alle Generationen bietet.



Nachhaltige Entwicklung als Ziel der Landespolitik

Rheinland-Pfalz fit machen für die Zukunft – das ist ein herausragendes Anliegen der Landesregierung. Wir müssen heute davon ausgehen, dass die Grenzen des Planeten auch dem menschlichen Wirtschaften Grenzen auferlegen. Das heißt, die Menschheit muss mit den natürlichen Ressourcen sorgsam und pfleglich umgehen.

Hinzu kommt aber noch ein Weiteres: Wenn Dinge nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen, stellt sich die Verteilungsfrage. Die Herausfor-

derung für die Menschheit ist dabei alles andere als gering. Wir sitzen quasi alle in einem Boot und benötigen dringend einen globalen Konsens darüber, wie die natürlichen Ressourcen genutzt werden können, ohne dass die Menschheit ihre Lebensgrundlagen selbst zerstört.

Dieses wird nur gelingen, wenn die überwiegende Mehrheit der Menschen die Verteilung der Ressourcennutzung als halbwegs begründet und gerecht ansieht. Damit ist eine wichtige Weichen-



stellung für eine global Nachhaltige Entwicklung beschrieben wie auch ein Grundprinzip des Nachhaltigkeitskonzepts: Niemand soll auf Kosten der Natur oder anderer Menschen leben.

Für diejenigen, die ihr Ressourcenkonto gerade überzogen haben, bedeutet dies eine tiefgreifende Umorientierung. Es ist nicht einfach, von heute auf morgen weniger Ressourcen zu verbrauchen. Dazu bedarf es grundlegender Umorientierungen, die weit in die etablierten Strukturen eingreifen. Weniger Ressourcen zu verbrauchen heißt, anders zu wirtschaften, anders zu konsumieren, kurzum anders zu leben. Nachhaltigkeit ist deshalb weit aus mehr als Umweltschutz. Es geht darum, dass sich Gesellschaften so organisieren, dass sich die bei ihnen vorherrschenden Konsum- und Produktionsmuster in ein globales Nachhaltigkeitsparadigma einfügen.

Dabei versteht sich von selbst, dass diejenigen eine Vorreiterrolle einnehmen müssen, die sich bislang ein größeres Stück vom globalen Ressourcen-Kuchen genehmigt haben. Dazu gehören alle in den alten Industrieländern, also vor allem Europa, die USA und Kanada, Japan, Australien und Neuseeland.

In dieses Bild fügt sich die rheinland-pfälzische Nachhaltigkeitsstrategie ein. Wir stellen uns damit unserer Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen und der Natur, indem wir uns auf dem Weg zu einer Nachhaltigen Entwicklung begeben haben und zeigen, dass wir festen Willens sind, diesen Weg weiter zu gehen. Damit werden wir Vorbild, dadurch gewinnen wir Glaubwürdigkeit.

Und wir demonstrieren, dass unserem Verständnis zufolge Nachhaltigkeit mehr ist als Umweltschutz und effizienteres Wirtschaften. Die in unserem Fortschrittsbericht verwendeten Indikatoren mögen die gesellschaftliche Komplexität nur ausschnittshaft reflektieren, sie mögen unvollkommen sein, es mag an geeigneten Datengrundlagen feh-

len – aber wir bilden die Breite der für ein gutes Leben wichtigen Bereiche im Lichte einer nachhaltigen Entwicklung ab.

Denn darum geht es letztlich: Um ein gutes Leben. Die Anhäufung von immer größerem materiellem Reichtum kann kein dauerhaftes Ziel sein. Gutes Leben bedeutet, in einer gesunden Umwelt mit sauberem Wasser, biologischer Vielfalt, und intakten Wäldern zu leben, es bedeutet eine gesicherte materielle Grundlage, gute Arbeit, Sicherheit, funktionierende soziale Netzwerke, Gesundheit und Daseinsvorsorge – eben alles in allem Nachhaltigkeit.

Die Bedeutung wirtschaftlichen Wachstums wird in diesem Rahmen in zunehmendem Maße auch kritisch diskutiert. Gesellschaftliches Kapital oder die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft wird unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten womöglich vollkommen anders definiert werden müssen. Mit dieser Frage beschäftigt sich bereits die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ des Deutschen Bundestags.

Auch hier ist Rheinland-Pfalz bestrebt, die Diskussion voranzubringen. Das Land hat ein Gutachten zur Berechnung eines „sozial-ökologischen Bruttoinlandsprodukts“ in Auftrag gegeben, das Auskunft über die Leistungsbilanz in Rheinland-Pfalz aus der Perspektive einer Nachhaltigen Entwicklung gibt. Das Vorhaben stellt einen weiteren Baustein für Rheinland-Pfalz auf dem Weg zu einer Zukunft dar, die nicht nur für die heute lebenden, sondern auch für die kommenden Generationen, für unsere Kinder und Enkelkinder, die Basis für ein gutes Leben bietet.

Herausgeber:

Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz,
Energie und Landesplanung
Rheinland-Pfalz
Stiftsstraße 9
55116 Mainz
E-Mail: poststelle@mwkel.rlp.de
Internet: www.mwkel.rlp.de
Telefon: 06131 16-0
Telefax: 06131 16-2100

erschienen 2012

Redaktion und fachliche Zuständigkeit:

Michael Frein,
Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz,
Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz

Statistische Indikatoren und Grafiken:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14–16
56130 Bad Ems
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de
Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150
Redaktion:
Dr. Ludwig Böckmann
Dr. Julia Stoffel
Redaktionsschluss: 24. Februar 2012

Fotonachweis:

Titel
Oben links Irochka – Fotolia
Oben Mitte Monkey Business – Fotolia
Oben rechts Thaut Images – Fotolia
Mitte links Cobalt – Fotolia
Mitte Mitte PresseBild Klaus Benz, Mainz
Mitte rechts Kzenon – Fotolia
Unten links Glenda Powers – Fotolia
Unten Mitte Jeanette Dietl – Fotolia
Unten rechts Alexander Rath – Fotolia
S. 5 Elenathewise – Fotolia
S. 6 Thaut Images – Fotolia
S. 24 Rainer Schmittchen – Fotolia

Layout:

Harald Klein Design, Mainz

Logo:

Sascha Jaeck, Frankfurt am Main

Druck:

NINO Druck GmbH, Neustadt an der Weinstraße
Papier: Hello Fat Matt 1.3 Natural

ClimatePartner^o
klimaneutral

Druck | ID: 53203-1207-1001



Eine kostenlose PDF-Version dieser Ausgabe finden Sie zum Download auf den Internetseiten des Ministeriums unter www.mwkel.rlp.de und www.agenda21.rlp.de.

© Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz, Mainz 2012

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigungen und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, unter Angabe der Quelle, gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, KLIMASCHUTZ,
ENERGIE UND
LANDESPLANUNG

Stiftsstraße 9
55116 Mainz

poststelle@mwkel.rlp.de
www.mwkel.rlp.de